

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))

das wiederum bedeutet Wettbewerb und Markt und hat wenig mit Industriepolitik zu tun. Vor diesem Hintergrund muss man Ihre Äußerungen durchaus sehr relativierend sehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ulrich. Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 17 Kapitel 17 08. Wer für die Annahme des Einzelplans 17 Kapitel 17 08 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme. - Ich stelle fest, dass Einzelplan 17 Kapitel 17 08 mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der Oppositionsfraktionen angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über die Kapitel 20 08, 20 11, 20 21 und 20 23 des Einzelplanes 20. Wer für die Annahme der Kapitel 20 08, 20 11, 20 21 und 20 23 des Einzelplanes 20 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme. - Ich stelle fest, dass die Kapitel 20 08, 20 11, 20 21 und 20 23 des Einzelplanes 20 mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der Oppositionsfraktionen angenommen sind.

Es ist über Kapitel 08 01 Einzelabstimmung beantragt. Wer für die Annahme des Kapitels 08 01 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Kapitel 08 01 mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der Oppositionsfraktionen angenommen ist.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Einzelplan 08 im Übrigen. Wer für die Annahme des Einzelplanes 08 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Einzelplan 08 mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der Oppositionsfraktionen angenommen ist.

Wir kommen nun zur Übersicht 9: Einzelplan 09 - Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr, Einzelplan 17 Kapitel 17 09 und Einzelplan 20 Kapitel 20 09 und 20 31.

Übersicht 9: Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr

Die Berichterstattung hierzu wurde zu Protokoll gegeben (siehe Anlage 11). Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat die Abgeordnete Anke Rehlinger von der SPD-Landtagsfraktion.

Abg. Rehlinger (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 09 umfasst die Bereiche Umwelt, Energie und Verkehr, allesamt Politikfelder, die bei der Gestaltung der Zukunft von zentraler Bedeutung sind, Politikfelder, die aber auch in langen Linien stattfinden. Das heißt also, das, was wir heute tun beziehungsweise das, was wir heute unterlassen, entfaltet nicht gleich heute oder morgen, sondern möglicherweise erst in Jahren seine Wirkung - und dies im positiven wie auch im negativen Sinne. In einer Vielzahl von Fällen ist dies auch unumkehrbar.

Meine Damen und Herren, dieser Obersatz - so will ich es einmal formulieren - ist Maßstab für unser Handeln, für das Handeln der Landesregierung und auch für den vorliegenden Haushalt. Ich möchte daran orientiert nun einen Blick in die einzelnen Bereiche werfen. Beginnen möchte ich zunächst einmal mit der Energiepolitik, die hier ja traditionellerweise im Rahmen der Beratungen zum Wirtschaftshaushalt und damit auch als klassische Verbindung zwischen Energiepolitik und Industriepolitik in der Debatte zum vorangegangenen Haushaltseinzelplan eine Rolle gespielt hat. Die Vorgaben in diesem Bereich sind klar. Wir haben einerseits den Klimaschutz, den wir notwendigerweise betreiben müssen. Damit verbunden ist natürlich eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Wir haben andererseits Sicherheit im Hinblick auf unsere Energiequellen - die Stichworte lauten hier Rohstoffknappheit und Unabhängigkeit - zu gewährleisten. Diese Vorgaben machen deutlich, dass wir einen Umbau unserer Energiewirtschaft brauchen. Ich glaube, in diesem Punkt gibt es auch hinreichend Konsens. Strittig ist allerdings der Weg, wie wir diesen Umbau gestalten können.

Bei dem Weg der SPD steht am Anfang das Thema Energieeffizienz. Es gilt nach wie vor der Grundsatz: Die beste Energie ist die Energie, die gar nicht benötigt wird. In diesem Zusammenhang habe ich schon in der letzten Aussprache zum Thema Energiepolitik gesagt, dass ich das Energieeffizienznetzwerk, das hier auf den Weg gebracht worden ist, begrüße. Das ist ein Weg, den wir insbesondere im industriellen Bereich konsequent gehen müssen. Aber wir müssen diese Einsparbemühungen im Hinblick auf den Energieverbrauch noch viel stärker auf die privaten Haushalte ausweiten. In diesem Zusammenhang hatten wir auch in der letzten Woche noch eine Diskussion. Dabei ging es um die Finanzierung der Energieeinsparberater, wie sie das IZES in einem Projekt zurzeit begleitet. Ich bin froh, dass wir es mit ein bisschen Druck und vor allem auch gutem Willen vonseiten der Regierung hinbekommen haben, das Projekt zumindest für das nächste Jahr zu sichern. Ich sage aber auch, das kann keine Maßnahme sein, die nur von Jahr zu Jahr finanziert wird,

(Abg. Rehlinger (SPD))

sondern wir müssen hier eine Verstetigung in der Sache selbst hinbekommen. Wir müssen aber auch auf das gesamte Land betrachtet einen Ausbau erreichen. Deshalb wollen wir unseren Antrag als Signal in diese Richtung verstanden wissen. Wir wollen, dass die Energieeinsparberatung in allen Haushalten, vorzugsweise natürlich in sozial schwachen Haushalten, stattfindet. Dies hat in mehrerer Hinsicht entsprechende Effekte. Es geht um Einsparungen für Familien mit kleinem Geldbeutel, es geht aber auch um die Energie, die unnötigerweise verbraucht wird.

Einen Beitrag zur Energieeinsparung und Energieeffizienz leisten auch die Erneuerungen im Kraftwerkspark. Der Einsatz der neuesten Techniken und der besten Wirkungsgrade trägt dort dazu bei, dass es eine Senkung des Verbrauchs bei der Primärenergie gibt. Und deshalb bin ich froh, dass hier in der letzten Zeit einiges von den Kraftwerksbetreibern getan worden ist. Ich verbinde diese Freude aber auch mit der Hoffnung, dass dies fortgesetzt wird. Ich sage das auch und insbesondere im Hinblick auf den Kraftwerksstandort in Ensdorf. Ich bin der Auffassung, dass die Kraftwerksbetreiber auch verlässliche Rahmenbedingungen brauchen, wenn sie Millioneninvestitionen tätigen. Und hierzu gehört ganz klar als Rahmenbedingung ein Bekenntnis der Landesregierung in Gänze zum Saarland als Energieland und auch zum Saarland als Kraftwerksstandort. Das vermisste ich nach wie vor in der erforderlichen Deutlichkeit.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Der Neubau eines Kraftwerks auf Kohlebasis darf nach wie vor nicht ausgeschlossen werden - auch nicht aus ideologischen Gründen. Wir brauchen eine sichere Versorgung mit Energie vor Ort für unsere Industrie. Wir brauchen dies für unsere Arbeitsplätze. Eine Industrie- und Energiepolitik, die zur Gefährdung von Arbeitsplätzen hier im Land führen würde, eine solche Politik kann die Unterstützung der SPD im Land nicht finden.

(Beifall bei der SPD.)

Aber wir müssen auch den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben. Das wird hier auch gebetsmühlenartig wiederholt. Natürlich ist das Ziel völlig klar, zumindest in einem ersten Schritt. Auch wir als SPD-Landtagsfraktion stehen für das Ziel, 20 Prozent des Strombedarfs bis 2020 aus den erneuerbaren Energien darstellen zu können. Interessant wird natürlich die Frage, wie wir dann irgendwann den Rest darstellen. Interessant wird auch die Frage sein, wie wir bis dahin die Rahmenbedingungen im Hinblick auf den Netzausbau organisieren. Das ist die wahre Herausforderung und nicht das Formulieren der Ziele. Es geht um das Aufzeigen der Wege,

wie man diese Ziele letztendlich erreichen kann, und zwar in einem realistischen Sinne.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Wir wollen natürlich auch den Anteil im Wärmebereich nach oben führen. Das Erneuerbare Wärmege-
setz ist dazu ein Instrument. Ich habe noch einmal im Koalitionsvertrag nachgelesen. Da stand sehr wortgewaltig zu lesen: Innerhalb des ersten Jahres der Koalition wird die Koalition ein solches Gesetz vorlegen. - Das erste Jahr ist vorbei. Das Gesetz indessen liegt noch nicht vor. Das hat wahrscheinlich damit zu tun, dass es gar nicht so leicht ist, ein derartiges Gesetz gerade hier im Saarland mit seiner hohen Eigenheimquote vorzulegen, ohne dabei eine massive Überforderung der Eigenheimbesitzer auszulösen. Ich sehe diese Schwierigkeit, wollte aber doch an dieser Stelle noch einmal in Erinnerung rufen, welchen Anspruch Sie an sich selbst gestellt haben.

Dass Sie im Hinblick auf den Ausbau der Windenergie mit dem Verfahren zur Änderung des Landesentwicklungsplans Ihre Ziele erreichen, erscheint mir zu diesem Zeitpunkt einigermaßen fraglich. Betrachtet man sich in der Presseschau die Rückmeldungen aus den Kommunen, kommt man zur Einsicht, dass das ganz sicher ein schwieriges Unterfangen wird. Das ist nach meiner Ansicht ein zusätzlicher Beleg dafür, dass wir eine sehr viel intensivere Kommunikation brauchen. Denn letztendlich wird der von mir angesprochene Umbau der Energiegesellschaft nur möglich sein, wenn wir dafür auch hinreichend gesellschaftliche Akzeptanz schaffen.

(Beifall von der SPD.)

Die Art und Weise, wie der Prozess zur Erstellung des Masterplans organisiert wird, scheint sich allerdings eher als ein weiteres Problem zu erweisen, weniger als eine Lösung für das bestehende Problem. Wir hatten eine Phase, in der wir wöchentlich Gruppen vernehmen durften, die sich über die Presse zu Wort gemeldet und gebeten haben, doch bitte sehr frühzeitig in die Erstellung des Plans eingebunden zu werden. Mittlerweile finden ja immerhin entsprechende Gespräche statt. Nichtsdestotrotz fordern wir Sie auf, dass alle eingebunden werden, die einen Beitrag leisten können, von diesen gibt es im Saarland viele, und die einen Beitrag leisten wollen, damit dieses Konzept auf den Weg gebracht werden kann. Den Umbau unserer Energiegesellschaft schaffen wir nur, wenn wir ein Mindestmaß an Akzeptanz in der Bevölkerung organisieren können. Das sollte, so meine ich, auch der bei der Erstellung dieses Masterplans angewandte Maßstab sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus dem Bereich der Umweltpolitik will ich exemplarisch zwei Themen herausgreifen, bei denen heute wichtige Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen

(Abg. Rehlinger (SPD))

sind und bei denen Fehlentscheidungen auch nicht mehr korrigiert werden können. Ich komme damit auf den von mir eingangs genannten Obersatz zurück.

Das erste Thema, das ich in diesem Zusammenhang ansprechen möchte, ist das Thema „grüne Gentechnik“. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Einsatz gentechnisch veränderter Organismen ist klassischerweise als ein nicht mehr rückgängig zu machender Feldversuch anzusehen. Die sowohl für die Gesundheit als auch für die Umwelt resultierenden Risiken sind nicht kalkulierbar. Ich meine, allein das reicht schon als Begründung aus, weshalb dazu eine ablehnende Haltung zu formulieren ist. Das tun auch 75 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Verbraucherinnen und Verbraucher zeigen uns diesbezüglich den Weg auf, und wir wollen alles dafür tun, um ihrem Wunsch Rechnung tragen zu können.

(Beifall von der SPD und bei der LINKEN.)

Die SPD will deshalb, dass das Saarland auch zukünftig frei vom Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen bleibt. Nur so können wir letztlich die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher gewährleisten. Zumindest bezüglich dieser Absicht erkenne ich auch keinen Dissens zur Position von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich sage allerdings ganz deutlich im Hinblick auf die Presseberichterstattung der letzten Woche: Mit dem Versuch eines Gesprächs mit dem Bauernverband wird es bei der Umsetzung dieses Zieles sicherlich nicht getan sein. Immerhin sind die GRÜNEN ja massiv in den Wahlkampf gezogen mit dem Ziel, das Saarland gentechnikfrei zu halten. Ein probates Mittel dafür ist die „gentechnikfreie Region“. Insoweit sie noch nicht gesetzlich festgeschrieben werden kann, sollte das zumindest auf freiwilliger Basis vereinbart werden. Ich habe die Erwartung, dass die grüne Umweltministerin alles unternimmt, um dieses Wahlversprechen, das auch ein Kernelement grüner Politik ist, einzuhalten. Ein erstes Gespräch ist aber nur der Anfang, nicht das Ende dieser Politik, die daher unbedingt weiterverfolgt werden muss.

(Beifall von der SPD und bei der LINKEN. - Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Eine kurze Zwischenfrage, Frau Rehlinger.)

Bitte, Herr Ulrich.

Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE) mit einer Zwischenfrage:

Ist Ihnen bekannt, dass es hier im Saarland irgendwo eine gentechnische Aktivität gibt in irgendeinem Bereich?

(Abg. Maas (SPD): Jeden Tag. Es gibt von morgens bis abends gentechnische Aktivitäten. - Hei-

terkeit und Sprechen. - Abg. Maas (SPD): Die Gentechnik bestimmt unser Leben.)

Abg. Rehlinger (SPD):

Herr Kollege Ulrich, meinen Ausführungen war zu entnehmen, dass ich gerade davon ausgehe, dass es keinen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen gibt, und dass die Bemühungen der SPD-Landtagsfraktion insbesondere darauf gerichtet sind, genau diesen Zustand hier im Saarland aufrechtzuerhalten. Ich kann gar nicht verstehen, wie man diese Äußerungen falsch verstehen konnte.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Sie reden hier also über Herrn Potemkin. Sie reden über etwas, das es nicht gibt.)

Ich nehme also zur Kenntnis, dass Sie das Ziel, das Saarland gentechnikfrei zu halten, aufgegeben haben?

(Abg. Schmitt (CDU): Nein! - Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Wer sagt das?)

Na, Sie sagen das doch! Nur so kann man doch Ihre Nachfrage verstehen.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen. - Zurufe des Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE). - Abg. Jochem (FDP): Dazu steht alles im Koalitionsvertrag.)

Sie wollen also den Zustand, dass es keine gentechnisch veränderten Organismen hier im Anbau gibt, nicht länger aufrechterhalten?

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE). - Abg. Willger-Lambert (B 90/GRÜNE): Schon wieder eine Luftblase!)

Ja, ja, ist gut. Das ist schön.

(Abg. Jochem (FDP): Das steht doch alles im Koalitionsvertrag, Frau Kollegin!)

Ja, und im Koalitionsvertrag - -

(Zuruf des Abgeordneten Commerçon (SPD).)

Herr Kollege Jochem, ich bin Ihnen ja sehr dankbar für diesen Hinweis. Bringe ich das noch einmal in einen Bezug zu dem, was die Kollegin Willger-Lambert dazwischengerufen hat, muss ich davon ausgehen, dass in Ihrem Koalitionsvertrag Luftblasen stehen.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen. - Zuruf der Abgeordneten Willger-Lambert (B 90/GRÜNE).)

Kollegin und Kollegen von den GRÜNEN, ich verstehe ja, dass Ihnen das nicht gefällt. Zuerst können Sie bei der Atompolitik nicht darauf drängen, dass geklagt wird, dass der Bundesrat gefragt wird. Und

(Abg. Rehlinger (SPD))

jetzt können Sie bei Ihrem zweiten Kernthema, der „grünen Gentechnik“, auch nicht punkten.

(Abg. Schmitt (CDU): Wieso erzählen Sie so etwas Falsches? Darum geht es doch!)

Das tut natürlich einem Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weh. Das ist aber Ihr Problem, nicht das Problem der SPD-Landtagsfraktion.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen. - Abg. Schmitt (CDU): So ein Quatsch!)

Ich will in meinen Ausführungen fortfahren. Der Grundsatz „heute handeln, damit man morgen nicht vor unlösbaren Problemen steht“ gilt auch für die Waldwirtschaft. Das ist ein weiteres Beispiel, das ich herausgreifen möchte. Wir müssen feststellen, so zumindest die Auskünfte im Haushaltsausschuss bei der Beratung des Einzelplanes, dass das Umweltministerium offensichtlich nicht die Absicht hat, im kommenden Jahr Waldkalkungen in nennenswertem Umfang durchzuführen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will an dieser Stelle ganz klar sagen, dass ich diese Entscheidung für falsch halte. Eine derartige Vorgehensweise wird sich früher oder später rächen. Die Schäden werden sich allerdings erst in einigen Jahren zeigen. Möglicherweise können Sie so heute einen haushaltstechnischen Vorteil ziehen. Möglicherweise wurde damit auch der ideologischen Einstellung des einen oder anderen Rechnung getragen. Dem saarländischen Wald aber erweisen Sie damit einen Bärendienst, weil die hierdurch entstehenden Schäden irreversibel sind. Schon die Abschaffung des Monitorings unter Mörsdorf war falsch. Die SPD-Landtagsfraktion hat das damals kritisiert. Nun aber auch keine bedarfsgerechte Waldkalkung mehr durchzuführen, das macht das Ganze nur noch schlimmer.

(Beifall von der SPD.)

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass das kommende Jahr, das Jahr 2011, das „Jahr des Waldes“ ist. Ich kann Sie nur aufrufen: Lassen Sie nicht zu, dass das Jahr 2011 ein schlechtes Jahr des Waldes wird!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus dem Bereich Verkehr möchte ich angesichts der fortgeschrittenen Zeit nur ein Thema herausgreifen. Dieses Thema hat zu lokalen Diskussionen geführt, aber auch über den Kreis Merzig-Wadern hinaus Beachtung gefunden. Ich möchte das Thema Nordsaarlandstraße aufgreifen. Dieses Projekt wurde über Jahre, zumindest vor Ort, von einem breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens getragen. Nun soll es, gewissermaßen en passant, mit einem Schreiben aus dem Umweltministerium, unterzeichnet von einem Referatsleiter, beerdigt werden. Angeblich, so war dem Schreiben zu entnehmen,

war noch nicht einmal mehr das Geld dafür vorhanden, um die Vorplanungskosten darstellen zu können. Ich erwähne einmal die Summe: Das waren 120.000 Euro. Auf keinen Fall darstellbar aus Sicht des Ministeriums waren die Mittel zur Abdeckung der Kosten für das Filetstück, die Nordumfahrung Merzig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Nordsaarlandstraße ist ein für den gesamten Landkreis Merzig-Wadern entscheidendes infrastrukturpolitisches Projekt. Unter dem Blickwinkel der Anbindung an die A 8 ist es auch existenziell für die Weiterentwicklung des Hochwaldraumes. Ist man der Auffassung, dass das Saarland nicht in Dillingen aufhört, muss man auch im Landkreis Merzig-Wadern für Rahmenbedingungen sorgen, die dort ein erfolgreiches Wirtschaften möglich machen. Zu diesen Rahmenbedingungen zählt auch eine vernünftige Verkehrsanbindung, und dafür ist auch die Realisierung, und zwar die vollständige Realisierung, der Nordsaarlandstraße notwendig.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD. - Abg. Schmitt (CDU): Tosender Beifall bei der SPD.)

Herr Kollege Schmitt, ich würde vorschlagen, dass Sie Ihrer Kollegin Kuhn-Theis nicht mit solchen Zwischenerufen in der Politik vor Ort in den Rücken fallen.

(Abg. Schmitt (CDU): Ich habe gesagt: „Tosender Beifall bei der SPD“. Ich glaube, damit bin ich der Frau Kuhn-Theis in keinsten Weise in den Rücken gefallen. - Lachen bei der CDU.)

Die Hinweise auf den ÖPNV muss ich als völligen Quatsch zurückweisen. Wenn man das als infrastrukturpolitisches und wirtschaftspolitisches Projekt versteht, kann man nun mal keinem einzigen Betrieb - weder einem gewerbetreibenden noch einem industrietreibenden - vorschlagen, er möge seine Waren in einen Bus laden.

(Abg. Commerçon (SPD): Die GRÜNEN bieten Rikschas an.)

Ich habe kein Verständnis dafür, dass dieses Projekt jetzt gecancelt werden soll. Ich kann die CDU auch nicht verstehen, die sich das alles mehr oder weniger bieten lässt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann fast den Eindruck gewinnen, es handele sich an dieser Stelle um eine Alleinregierung der GRÜNEN unter Tolerierung der CDU.

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Heinrich (CDU).)

Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen, dieses Spiel auf Zeit, das sich nun andeutet, ist ein gefährliches Spiel. Das wissen Sie auch. Je weiter dieses Projekt in die Ferne rückt, desto schwieriger wird die Finanzierung werden. Ich fürchte, dass zumindest

(Abg. Rehlinger (SPD))

einige in diesem Haus genau das Kalkül haben, dass das Projekt sich über die Zeitschiene erledigen möge. Meine sehr verehrten Damen und Herren, so zumindest kann man keine Politik für den ländlichen Raum machen.

Obwohl der Umwelthaushalt in vielen Punkten unsere Zustimmung findet, kann er doch nicht unsere Zustimmung bekommen.

(Zurufe von der CDU.)

Ich habe ausgeführt, welche Punkte das sind. Sehr verehrte Frau Ministerin, wir wollten Ihnen nicht allzu sehr schaden, indem wir Ihrem Haushalt zustimmen.

(Heiterkeit bei der SPD.)

Insbesondere aus den vorgenannten Gründen bleibt es dabei, wir werden dem Einzelplan 09 nicht zustimmen. - Danke.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Rehlinger. - Das Wort hat nun der Abgeordnete Günter Heinrich von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Heinrich (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Rehlinger! Wir beraten den Einzelplan 09 - Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr. Sie stehen hier und formulieren vage Erwartungshaltungen an die Landesregierung. Sie lassen sich über die Gentechnik aus, die im Saarland aber völlig unproblematisch ist. Wir haben uns zur gentechnikfreien Zone erklärt, das ist auch die Position der Landwirtschaftskammer.

(Abg. Rehlinger (SPD): Wann haben Sie sich dazu erklärt?)

Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie sich zum Einzelplan auslassen.

(Abg. Rehlinger (SPD): Wann haben Sie das gemacht, sagen Sie mir das?)

Sie stellen sich hier hin und referieren zur Nordsaarlandstraße.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und Unruhe.)

Sie verkünden, das Projekt sei gecancelt. Das ist eine pure Unterstellung. Das ist genau die Botschaft, die Sie gerne von hier empfangen wollen, damit Sie auf lokaler Ebene Ihre politischen Spielchen machen können.

(Abg. Rehlinger (SPD): Soll ich Ihnen aus dem Brief vorlesen?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Nordsaarlandstraße bleibt festzustellen, dass das Plan-

verfahren fortgeführt und die Umweltverträglichkeitsprüfung in Auftrag gegeben wird.

(Sprechen bei der SPD. - Zurufe der Abgeordneten Rehlinger (SPD).)

Ich nenne Ihnen die Vorleistungen zur Nordsaarlandstraße im Bereich des Straßenbaus, die im Projekt integriert sind: Der Kreisel „Gomms Mühle“, der Kreisel Hochwaldgymnasium Wadern, der Kreisel Ortslage Nunkirchen, der Neubau der Umföhrung Industriepark Holz, Homanit, Losheim, der Kreisel Dagstuhl ist in Planung, der Ausbau der Straße zum Stausee Richtung Potsdamer Platz und auch der Kreisel Potsdamer Platz wegen Entschärfung der Gefahrensituation.

(Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Rehlinger (SPD).)

Bauen Sie hier keinen Popanz auf, das Projekt ist am Laufen! Wir werden dieses Projekt im Rahmen der haushaltsmäßigen Notwendigkeiten und der zur Verfügung stehenden Mittel weiter verfolgen.

(Erneute Zurufe der Abgeordneten Rehlinger (SPD). - Abg. Willger-Lambert (B 90/GRÜNE): Hören Sie doch mit diesen andauernden Zurufen auf!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die eigentliche Botschaft ist, dass sich der Einzelplan 09 trotz der Sparmaßnahmen im Landeshaushalt weiterhin als Kommunalhaushalt darstellt. Beim Einzelplan 02 ist die kommunale Finanzsituation beraten worden. Der Einzelplan 09 trägt in ganz wesentlichem Maße dazu bei, dass die Kommunen mit Mitteln versorgt werden, und zwar in einer Gesamthöhe von 31 Millionen Euro. Das ist ein Sechstel des Gesamthaushalts. Ich glaube, das ist eine positive Botschaft, die Sie diesem Einzelplan entnehmen können. Darauf können Sie stolz sein, die Mittel werden in die Kommunen investiert, in die Bereiche Verkehr, Landwirtschaft, Forst, Stadtmitte am Fluss und Energie.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine weitere positive Botschaft ist heute in der Saarbrücker Zeitung zu lesen: Das Saarland spielt in der Bundesliga der Naturschutzprojekte. Frau Ministerin, das ist eine frohe Botschaft, die insbesondere eine Umweltministerin am heutigen Tag glücklich machen kann. Die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz hat das Saarland besucht und die Projektregion Landschaft der Industriekultur Nord besichtigt. Sie hat diese als Pilotprojekt mit einer Vorreiterrolle in Landschaftsschutz und Naturschutz bezeichnet. Das ist eine Botschaft, auf die wir stolz sein können.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)